vinetur

Kenia plant digitale Rückverfolgung aller alkoholischen Getränke

Der Gesetzentwurf sieht nicht wiederbefüllbare Glasflaschen für Chang’aa vor, verbietet Shisha und Nikotinbeutel und verschärft Tabakstrafen.

Montag, 9. November 2026



Kenia erwägt eine umfassende Neuregelung seiner Alkohol- und Tabakvorschriften. Sie würde eine digitale Rückverfolgung aller im Land hergestellten oder importierten alkoholischen Getränke vorschreiben, strengere Verpackungsstandards für Chang’aa einführen sowie Shisha und Nikotinbeutel verbieten.

Der Gesetzentwurf mit dem Titel Alcoholic Drinks and Drugs Control Laws (Amendment) Bill wurde am 5. November in der Nationalversammlung zur ersten Lesung eingebracht. Eingebracht wurde er von Kimani Ichung'wah, dem Mehrheitsführer der Nationalversammlung. Bevor er Gesetz werden kann, muss er noch die Beteiligung der Öffentlichkeit, die parlamentarische Debatte und mögliche Änderungen durchlaufen.

Kern der Alkoholbestimmungen ist ein vorgeschlagenes digitales Rückverfolgungssystem, das sowohl für in Kenia hergestellte als auch für importierte alkoholische Getränke gelten soll. Dem Gesetzentwurf zufolge müssten Hersteller, Importeure, Exporteure, Händler, Einzelhändler und Lieferanten das System nach Maßgabe späterer Vorschriften nutzen.

Ichung'wah zufolge soll die Technologie den Behörden helfen, die Herkunft gefährlicher Alkoholprodukte festzustellen. Wenn ein Getränk mit Todesfällen oder anderen Schäden in Verbindung gebracht wird, könnten Ermittler damit Angaben wie den Herkunftsort und den Herstellungszeitpunkt zurückverfolgen.

Wird die Regelung verabschiedet, würde sie die Aufsicht über die gesamte Alkohol-Lieferkette ausweiten und die Compliance-Pflichten für Brauereien, Brennereien, Wein- und Spirituosenimporteure, Großhändler und Geschäfte verändern. Für die Getränkeindustrie könnte der Gesetzentwurf strengere Kontrollanforderungen und höhere Betriebskosten bedeuten, da Unternehmen Verpackungen, Aufzeichnungen und Vertriebssysteme an die neuen Standards anpassen müssten.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem strengere Vorschriften für Chang'aa vor, eine lokal destillierte Spirituose, die in Kenias informellem Alkoholmarkt seit Langem mit Sicherheitsbedenken verbunden ist. Chang'aa dürfte demnach nur noch in Glasflaschen mit nicht wiederbefüllbaren Verschlüssen verkauft werden. Jede Flasche müsste zudem ein Etikett mit einem herstellerspezifischen Sicherheitsmerkmal tragen, anhand dessen Verbraucher und Aufsichtsbehörden die Echtheit des Produkts überprüfen können.

Damit würden die geltenden Vorschriften verschärft, nach denen Chang'aa und andere destillierte alkoholische Getränke in Glasflaschen, Behältern aus Polyethylenterephthalat oder Metallverpackungen hergestellt, abgefüllt, verkauft oder vertrieben werden dürfen. Indem Chang'aa künftig in Glasflaschen mit

Sicherheitskennzeichnung und nicht wiederbefüllbarem Verschluss abgefüllt werden müsste, zielen die Abgeordneten offenbar auf Manipulation und Wiederbefüllung ab – Probleme, die bei der Bekämpfung des illegalen Alkoholhandels immer wieder eine Rolle spielen.

Über den Alkoholbereich hinaus sieht der Gesetzentwurf ein vollständiges Verbot der Herstellung, des Verkaufs und der Bewerbung von Shisha vor. Außerdem soll es untersagt sein, das Shisha-Rauchen oder den Gebrauch von Nikotinbeuteln in Kenia zuzulassen, zu fördern, zu ermöglichen oder dazu zu ermutigen.

Wer nach diesen geplanten Bestimmungen verurteilt wird, müsste mit einer Geldstrafe von bis zu Sh5 Millionen, einer Freiheitsstrafe von bis zu 10 Jahren oder beidem rechnen. Der Gesetzentwurf definiert Shisha als Tabakprodukt mit oder ohne Aromastoffe, das Melasse, Honig, pflanzliches Glycerin oder andere natürliche beziehungsweise künstliche Aromen enthalten kann.

Die Forderung nach strengeren Shisha-Vorschriften folgt auf wiederholte Gesundheitswarnungen der kenianischen National Authority for the Campaign Against Alcohol and Drug Abuse (NACADA). Die Behörde erklärte zuvor, Shisha-Rauch enthalte schädliche Stoffe wie Kohlenmonoxid und Teer. Dies verstärkt die allgemeinen Bedenken hinsichtlich der öffentlichen Gesundheit im Zusammenhang mit dem Rauchen von Wasserpfeifen.

Das geplante Gesetz würde auch die Strafen für das Rauchen an verbotenen Orten erhöhen. Die Höchststrafe würde von Sh50,000 auf Sh100,000 steigen, die maximale Freiheitsstrafe von sechs auf 12 Monate. Die Einschränkungen gelten unter anderem an Arbeitsplätzen, in Gerichtsgebäuden, Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Gotteshäusern, öffentlichen Verkehrsmitteln, Flughäfen, Bahnhöfen, Einkaufszentren, Märkten und Sportstätten.

Auch Einzelhändler, die Zigarettenpackungen mit weniger als 10 Stück verkaufen, müssten mit härteren Strafen rechnen. Die vorgeschlagene Geldstrafe würde auf Sh100,000 steigen, die maximale Freiheitsstrafe auf ein Jahr. Der Gesetzentwurf soll außerdem die Mindestverpackungsvorschriften auf weitere Tabakprodukte ausweiten, die später festgelegt werden können. Die Strafe für irreführende Tabakwerbung soll von

Sh500,000 auf Sh1 Million steigen; die geltende Freiheitsstrafe von drei Jahren bliebe bestehen.

Das Maßnahmenpaket ist bereits auf Kritik der Alcoholic Beverages Association of Kenya (ABAK) gestoßen, die den Rückzug des Gesetzentwurfs fordert. Der Verband erklärte, die Regelung könnte in ihrer jetzigen Form Tausende Arbeitsplätze kosten und die Compliance-Auflagen für rechtmäßig arbeitende Alkoholunternehmen verschärfen.

ABAK erklärte, der Verband unterstütze Maßnahmen gegen illegal hergestellte alkoholische Getränke, argumentierte jedoch, die vorgeschlagenen Einschränkungen müssten verhältnismäßig und evidenzbasiert sein sowie in Abstimmung mit den Bezirksregierungen, Unternehmen und Akteuren des öffentlichen Gesundheitswesens entwickelt werden. Zudem warnte der Verband, strengere Vorschriften für legal arbeitende Unternehmen könnten unbeabsichtigt dazu führen, dass einige Verbraucher zu unsicherem illegalem Alkohol greifen, statt davon Abstand zu nehmen.

Dieser Streit verweist auf den zentralen Konflikt rund um den Gesetzentwurf. Befürworter sehen darin eine Maßnahme für öffentliche Sicherheit und Gesundheit, die gefährliche Produkte zurückverfolgbar machen, den illegalen Handel eindämmen und vom Tabakkonsum abhalten soll. Branchenverbände wenden hingegen ein, einige Bestimmungen könnten regelkonformen Herstellern und Verkäufern zusätzliche Kosten auferlegen, ohne das Problem des illegalen Alkohols vollständig zu lösen.

Der Gesetzentwurf ist auf der offiziellen Website der Nationalversammlung aufgeführt. Dort wurde die Öffentlichkeit im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert. Keine der vorgeschlagenen Einschränkungen oder Strafen gilt bislang. Sie würden erst in Kraft treten, wenn das Parlament den Gesetzentwurf verabschiedet und der Präsident ihn unterzeichnet.